



Presseinformation

Nr. 177/2003

Kiel, Donnerstag, 19. Juni 2003

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Wirtschaftspolitik/Handwerksordnung

Christel Aschmoneit-Lücke: „Das Handwerk muss gestärkt werden!“

In ihrem Beitrag zu **TOP 24** (Handwerksordnung) sagte die wirtschaftspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Christel Aschmoneit-Lücke**:

„Die deutsche Wirtschaft stagniert, Massen sind arbeitslos, Ausbildungsplätze fehlen zuhauf— und deshalb soll das Handwerk nach dem Willen der Bundesregierung zur Stärkung der Wirtschaft, zur Beschäftigung der Massen und zur Schaffung von Ausbildungsplätzen strukturell geschwächt werden.

Wir lehnen es ab, das Handwerk strukturell zu schwächen. Es sollte durch bessere Rahmenbedingungen gestärkt werden. Wir glauben nicht, dass die Gesetzentwürfe der Bundesregierung dies erreichen können—im Gegenteil.

Deshalb stimmen wir dem Antrag der CDU im Grundsatz zu.

Die beiden Gesetzentwürfe würden das Handwerk schwächen, weil sie die Grundlagen seiner Leistungsfähigkeit in weiten Bereichen zerstören würden.

Wir sehen nur eine löbliche Ausnahme: Die Aufgabe des Inhaberprinzips und das damit verbundene Ende dieser Diskriminierung von Personengesellschaften gegenüber Kapitalgesellschaften.

Die Landesregierung hält sich zu Gute, dass ihre Wirtschaftspolitik eigentlich Mittelstandspolitik heißen müsste. Seit gestern wissen wir ja auch, dass es eigentlich ihr zu verdanken sei, dass der Mittelstand sogar den ländlichen Raum entdeckt habe.

Das Handwerk ist eine der Keimzellen des Mittelstandes. Deshalb sollten Sie ihren eigenen Ansprüchen endlich einmal genügen und sich im Bundesrat vor das Handwerk und gegen die Bundesregierung stellen.

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christel Aschmoneit-Lücke, MdL

Joachim Behm, MdL

Günther Hildebrand, MdL

Veronika Kolb, MdL

www.fdp-sh.de

Wir sind uns bewusst, dass die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Zukunft des deutschen Handwerks nicht nur von der Bundesregierung bedroht werden.

Auch die europarechtlichen Rahmenbedingungen, die länderübergreifenden Wirkungen der Bedingungen in vielen Mitgliedsstaaten und die Vergrößerung des Binnenmarktes durch die Osterweiterung mit den damit verbundenen Wettbewerbseffekten auf allen europäischen Faktormärkten werden das Handwerk mittelfristig zwingen, die eigenen Strukturen zu anzupassen.

Wir sollten uns das Beispiel des ehemaligen Reinheitsgebotes des deutschen Bieres vor Augen führen. Es ist durch EU-Vorgaben rechtlich gekippt worden, aber heute immer noch ein herausragendes Qualitätsmerkmal, das Absatz und damit Unternehmen und Arbeitsplätze in Deutschland sichert.

Wir meinen, dass die politischen Kräfte dieses Landes deshalb mit dem Handwerk gemeinsam zukunftsfähige Lösungen finden müssen. Deshalb haben wir unsere Vorschläge ergänzend zum CDU-Antrag eingebracht. Sie kennen den Text, deshalb hier nur einige Erläuterungen:

- Der Erwerb des Meisterbriefes sollte im Sinne der Leipziger Beschlüsse dahingehend erleichtert werden, dass erfahrene Altgesellen schneller als bisher die Erlaubnis für die selbständige Ausübung ihres Handwerkes erlangen können.
- Durch ein gemeinsam mit dem Handwerk entwickeltes Weiterbildungssystem—über das bisherige hinaus, sollten die Handwerkerinnen und Handwerker motiviert und in die Lage versetzt werden, auf den immer schnelleren Wandel in der Wirtschaft und die daraus erwachsenden Herausforderungen zu reagieren.
- Durch die Abschaffung des Inhaberprinzips werden die Möglichkeiten für mehr Existenzgründungen eröffnet.
- Die wechselseitige Anerkennung von vergleichbaren Qualifikationen, z.B. Industriemeistern und Technikern einerseits und Handwerksmeistern andererseits sollte erheblich erleichtert werden.

Das Wichtigste zum Schluss:

Das Handwerk ist ein Garant für viele Ausbildungsplätze und für die weltweit anerkannte Leistungsfähigkeit unseres dualen Ausbildungssystems. Die Ausbildungsdichte im Handwerk ist dreimal höher als in der restlichen Wirtschaft.

Zugegeben, dies hat nicht nur uneigennütige Ursachen: Auszubildende sind auch preiswerte Arbeitskräfte für einfache Tätigkeiten, die im Handwerk häufig anfallen—wo gehobelt wird, fallen eben auch Späne, und um die muss sich auch jemand kümmern.

Aber das Handwerk bietet sehr vielen jungen Menschen eine gute, eine solide, eine zukunftsfähige Berufsausbildung, auf die sie ein Leben lang bauen können. Diese Leistung des Handwerks sollten niemand ohne Not so aufs Spiel setzen, wie es jetzt die Bundesregierung tut.

Deshalb fordere ich sie auf, für ein starkes, zukunftsfähiges deutsches Handwerk zu stimmen, in dem der Meisterbrief auch weiterhin das Siegel für meisterliche Qualität ist: Stimmen Sie beiden Anträgen zu.“